



# Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG • REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE  
REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTART • REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

## **Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

Die vier Regierungspräsidien des Landes Baden-Württemberg verarbeiten im Rahmen der **Schadensregulierung bei Verkehrsunfällen, von Amtshaftungs- und zivilrechtlichen Schadensersatzansprüchen sowie evtl. daran anschließenden Regressprüfungen** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

### **1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?**

Für den Regierungsbezirk Freiburg:  
Regierungspräsidium Freiburg  
Kaiser-Joseph-Straße 167  
79098 Freiburg  
Telefon: 0761 208-0  
E-Mail: [poststelle@rpf.bwl.de](mailto:poststelle@rpf.bwl.de)

Für den Regierungsbezirk Karlsruhe:  
Regierungspräsidium Karlsruhe  
Schlossplatz 1 – 3  
76131 Karlsruhe  
Telefon: 0721 926-0  
E-Mail: [poststelle@rpk.bwl.de](mailto:poststelle@rpk.bwl.de)

Für den Regierungsbezirk Stuttgart:  
Regierungspräsidium Stuttgart  
Ruppmannstraße 21  
70565 Stuttgart  
Telefon: 0711 904-0  
E-Mail: [poststelle@rps.bwl.de](mailto:poststelle@rps.bwl.de)

Für den Regierungsbezirk Tübingen:  
Regierungspräsidium Tübingen  
Konrad-Adenauer-Straße 20  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071 757-0  
E-Mail: [poststelle@rpt.bwl.de](mailto:poststelle@rpt.bwl.de)

## 2. **Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?**

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Freiburg:  
E-Mail: [Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@rpf.bwl.de)  
Telefon: 0761 208-0

Regierungsbezirk Karlsruhe:  
E-Mail: [Datenschutz@rpk.bwl.de](mailto:Datenschutz@rpk.bwl.de)  
Telefon: 0721 926-0

Regierungsbezirk Stuttgart:  
E-Mail: [Datenschutzbeauftragter@rps.bwl.de](mailto:Datenschutzbeauftragter@rps.bwl.de)  
Telefon: 0711 904-0

Regierungsbezirk Tübingen:  
E-Mail: [Datenschutz@rpt.bwl.de](mailto:Datenschutz@rpt.bwl.de)  
Tel.: 07071 757-0

## 3. **Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?**

### a) **Zweck**

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten zur Regulierung von zivilrechtlichen Schadensersatz- und Schmerzensgeldansprüchen, Amtshaftungs- und Regressansprüchen sowie sonstigen Zivilrechtsangelegenheiten für und gegen das Land Baden-Württemberg und seine Beschäftigten.

### b) **Rechtsgrundlagen**

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) sowie insbesondere dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und Art. 34 Grundgesetz (GG).

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DS-GVO.

## 4. **Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?**

Wir verarbeiten insbesondere:

- Vor- und Nachname, Titel
- ggf. Geburtsname
- Geschlecht
- Geburtsdatum und -ort
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Gesundheitsdaten

- Eigentumsverhältnisse und Besitzmerkmale (bspw. Fahrzeug- und Immobilieneigentum, Grundbucheintragungen, Kfz-Kennzeichen, Zulassungsdaten)
- Angaben zum Beschäftigungsverhältnis (bspw. Beruf, Arbeitsstelle, Dienort, Dienststelle, Referat, Abteilung, Organisationseinheit)
- Kennnummern (bspw. Nummer bei der Krankenversicherung, der Haftpflichtversicherung oder der Kfz-Versicherung sowie die Personalausweisnummer)
- Unterschriften
- Sachverhaltsdarstellung

## **5. Woher stammen Ihre Daten?**

Wir verwenden vor allem die personenbezogenen Daten, die Sie uns mit Ihrem bzw. Ihren Schreiben zur Verfügung gestellt haben. Darüber hinaus im Einzelfall auch weitere Informationen, die wir von anderen Behörden, Gerichten, Gutachtern, Sachverständigen und Versicherungen rechtmäßig erhalten.

## **6. Wie verarbeiten wir diese Daten?**

Ihre Daten legen wir in einer Akte ab; zudem erfassen, verwenden und speichern wir diese auch elektronisch.

## **7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?**

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, geben wir nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Empfänger:

- Andere Behörden (bspw. die Polizeibehörden)
- Gerichte
- Externe Gutachter / Sachverständige
- Weitere Verfahrensbeteiligte (bspw. Zeugen und Geschädigte sowie deren Vertreter, d.h. insbesondere Rechtsanwälte)
- Archive
- Rechnungshof
- Landtag von Baden-Württemberg

## **8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?**

Hinsichtlich der Unfallbeteiligung besteht gemäß § 142 Strafgesetzbuch (StGB) eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten. Im Übrigen besteht keine Pflicht. Diese Daten sind jedoch erforderlich, um die zivilrechtliche Angelegenheit vorschriftsmäßig bearbeiten und mit Ihnen Kontakt aufnehmen zu können.

## 9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert und die Akten nur so lange aufbewahrt, wie dies zur Abwicklung der zivilrechtlichen Angelegenheit erforderlich ist.

Die personenbezogenen Daten werden nach dem Abschluss des jeweiligen Falles oder nach dem Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfristen (insbesondere 30 Jahre bei Schäden, die auf der Verletzung u.a. des Lebens, des Körpers und der Gesundheit beruhen, vgl. §§ 195 ff. BGB) gemäß der Gemeinsamen Anordnung der Ministerien über die Verwaltung des Schriftguts der Behörden des Landes (AnO Schriftgut) im Regelfall für weitere 10 Jahre gespeichert, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung bzw. Geltendmachung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Die Löschung erfolgt zum Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres.

## 10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

### a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und – wenn ja – welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

### c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

### d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen

Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)**

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)**

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)**

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das jeweilig verantwortliche Regierungspräsidium postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem behördlichen Datenschutzbeauftragten des jeweiligen Regierungspräsidiums zukommen lassen. Die entsprechenden Adressen finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).